



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Bernhard Seidenath, Harald Kühn, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Alfons Brandl, Wolfgang Fackler, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Angelika Schorer, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Haushaltsplan 2023;

**hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 14 03 Tit. 633 64)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 14 03 wird der Ansatz im Tit. 633 64 (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände) um 100,0 Tsd. EUR von 2.527,0 Tsd. Euro auf 2.627,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Aufgrund ungünstiger Entwicklungen von infrastrukturellen und soziodemografischen Faktoren kann es insbesondere bei einer Kumulierung besonderer Herausforderungen, wie dem Zusammentreffen einer alternden Bevölkerung mit erhöhtem medizinischen Versorgungsbedarf bei gleichzeitig ebenfalls älter werdender Ärzteschaft sowie ungünstiger Erreichbarkeit und Mobilitätslage, in Einzelfällen zu einem eingeschränkten Zugang zur medizinischen Versorgung kommen. Um entsprechende Lücken zu schließen, unterstützt der Freistaat Gemeinden im ländlichen Raum, bestmögliche Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Verbesserung der ambulanten medizinischen Versorgung in ihren Gemeinden zu schaffen. Mit den zusätzlich veranschlagten Mitteln soll insbesondere der Gemeinde Nordendorf die Anschaffung von Fahrzeugen zur Einrichtung entsprechender Mobilitätsangebote ermöglicht werden.